

FORUM
MENSCHENRECHTE



Jahresbericht 2017



Inhalt

Wer ist/was tut das FORUM MENSCHENRECHTE	3
Politischer Rückblick 2017	5
Aktivitäten 2017	8
Publikationen.....	8
Positionspapiere und Stellungnahmen	8
Pressemitteilungen.....	8
Veranstaltungen	9
Konferenzen/öffentliche Veranstaltungen.....	9
Politische Gespräche	9
Interne Veranstaltungen (Plena)	10
Arbeitsgruppen des FORUM MENSCHENRECHTE	11
1 AG Antirassismus.....	11
2 AG Entwicklung und Wirtschaft.....	13
3 AG Rechte von Frauen und LSBTI*	14
4 AG Frieden.....	14
5 AG Innen	15
6 AG Kinderrechte	16
7 AG MRR/ Außenpolitik	17
Weiterarbeit in 2018	18
Abkürzungen	19
Mitgliedsorganisationen 2017.....	20
Impressum.....	22

Wer ist/was tut das FORUM MENSCHENRECHTE

Das FORUM MENSCHENRECHTE (FMR) hat sich am 12.01.1994 im Anschluss an die Wiener Menschenrechtskonferenz 1993 und auf Initiative der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGNV) als Zusammenschluss von bundesweit bzw. überregional arbeitenden Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Institutionen und kirchlichen Werken des Menschenrechtsbereichs in Deutschland konstituiert. Das FMR setzt sich für einen verbesserten, umfassenden Menschenrechtsschutz weltweit, in einzelnen Weltregionen, Ländern und in der Bundesrepublik Deutschland ein.

Das FMR dient u.a.

- der kritischen Begleitung der Menschenrechtspolitik der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages auf nationaler und internationaler Ebene sowie der Arbeit deutscher Expert_innen in internationalen Menschenrechtsgremien
- der Durchführung gemeinsamer Vorhaben zur Verbesserung des Menschenrechtsschutzes in und durch die Bundesrepublik Deutschland
- der Unterstützung der Bewusstseinsbildung in Deutschland über Universalität und Komplexität der Menschenrechte.

Durch gemeinsame Lobbyaktivitäten, Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit zu den durch die festen Arbeitsgruppen bearbeiteten Themen sollen diese Ziele erreicht werden.

Für aktuelle Themenschwerpunkte werden bei Bedarf zeitlich begrenzte Arbeitsgruppen - sogenannte ad hoc-AGs - eingerichtet.

Auf regelmäßig stattfindenden Plenumssitzungen werden grundlegende Entscheidungen über die Arbeit des FMR getroffen.

Ein für zwei Jahre gewählter Koordinationskreis bereitet die Sitzungen vor und nach, sorgt für den Informationsfluss zwischen Plenum und Arbeitsgruppen und ist für die Außenwirkung des FMR verantwortlich.

Im Koordinationskreis waren 2017 folgende Mitgliedsorganisationen vertreten:

- Amnesty International durch Dr. Andrea Berg,
- Brot für die Welt im EWDE e.V. durch Dr. Julia Duchrow,
- Bundesarbeitsgemeinschaft psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer durch Elise Bittenbinder,
- Deutsche Kommission Justitia et Pax durch Dr. Daniel Legutke,
- Nürnberger Menschenrechtszentrum durch PD Dr. Michael Krennerich,
- PRO ASYL durch Günter Burkhardt,
- terre des hommes durch Antje Ruhmann,
- Vereinte Evangelische Mission durch Dr. Jochen Motte.

Das FMR ist als gemeinnütziger Verein anerkannt.

Den Vorstand des Vereins **Forum Menschenrechte e.V.** bildeten 2017 Henriette Engels und Dr. Jochen Motter; für die Finanzen zeichnete Dr. Daniel Legutke verantwortlich.

Das Forum Menschenrechte e.V. beschäftigt eine Teilzeitkraft in der Geschäftsstelle in Berlin (2017 Beate Ziegler).

Es entsendet außerdem einen Beobachter zum UN-Menschenrechtsrat nach Genf.

2017 wurde diese Aufgabe von Dr. Theodor Rathgeber wahrgenommen.

2017 vertraten drei stimmberechtigte Mitglieder – Dr. Julia Duchrow (Brot für die Welt), PD Dr. Michael Krennerich (Nürnberger Menschenrechtszentrum) und Christian Mihr (Reporter ohne Grenzen) – das FMR im Kuratorium des Deutschen Instituts für Menschenrechte.

Im Jahr 2017 zählte das FMR 49 Mitgliedsorganisationen und zwei Gastmitglieder (vgl. Liste der Mitgliedsorganisationen im Anhang).

Politischer Rückblick 2017¹

Bundestagswahlen 2017

Ein Schwerpunkt der Aktivitäten des FMR im ersten Halbjahr 2017 war die Abfassung des Forderungskatalogs Wahl des Deutschen Bundestags. Der Katalog ist auch ein Ausweis für die Breite der Themen, die im FMR vertreten sind und von den Mitgliedsorganisationen bearbeitet werden.

Vorgelegt wurde der Katalog im Rahmen einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung am 15. Mai 2017 in Berlin mit den menschenrechtspolitischen Sprecher_innen der im Bundestag vertretenen Parteien im Anschluss an eine Plenumsitzung. Der Katalog wurde zudem an die Fraktionsvorsitzenden, Parteivorsitzenden und Generalsekretär_innen der im Bundestag vertretenen Parteien versandt.

Weitere Aktivitäten (Auswahl, vollständige Zusammenstellung siehe S.8 ff):

Universal Periodic Review (UPR) Deutschland

Unter maßgeblicher Koordination und Redaktion von Dr. Theodor Rathgeber haben Mitglieder des FMR an der Abfassung des Schattenberichtes zum UPR Deutschlands im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen mitgewirkt. Anliegen des FMR im Blick auf den UPR wurden am 22. Juni 2017 bei einer öffentlichen Diskussion mit der Menschenrechtsbeauftragten Dr. Bärbel Kofler und Vertreter_innen verschiedener Ressorts sowie des Menschenrechtsreferates im Auswärtigen Amt diskutiert.

Gespräch mit Außenminister Gabriel am 22. Juni 2017

In einem Gespräch mit Außenminister Gabriel am 22. Juni 2017 wurde dem Minister der Wahlforderungskatalog des FMR überreicht. Themen des Gesprächs waren a) Migration und Asyl mit Schwerpunkten Türkei und Afghanistan; b) Schutz von Menschenrechtsverteidiger_innen und c) Nationaler Aktionsplan (NAP) Wirtschaft und Menschenrechte. Anlässlich des Gesprächs hat das FMR auch eine Pressemitteilung mit den Hauptforderungen an die deutsche Außenpolitik zu diesen Themen veröffentlicht.

Stellungnahme zu den Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“

Das FMR hat gemeinsam mit der Plattform Zivile Krisenprävention, dem Zivilen Friedensdienst und VENRO am 28. Juni 2017 eine Stellungnahme zu den Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ unter dem Titel „Wertebasiert, aber unverbindlich“ veröffentlicht. Darin werden positive Ansätze der Leitlinien gewürdigt. Offen bleibt, ob der Anspruch ‚Zivilem‘ Vorrang vor ‚Militärischem‘ zu geben, auch durch politisches Handeln und entsprechende Haushaltsmittel eingelöst und ob die Rolle des Beirates gestärkt werden kann.

Europäische Asylpolitik

Mit großer Aufmerksamkeit und Sorge hat das FMR den Prozess zur Neugestaltung des europäischen Asylrechts mit Pressemitteilungen und Schreiben an Justizminister Heiko Maas, den Flüchtlingsbeauftragten im Kanzleramt, Peter Altmaier und Innenminister Thomas de Maizière beobachtet und begleitet. Das FMR fürchtet um den Fortbestand des individuellen Asylrechts und tritt dafür ein, dass keine Absenkungen von Schutzstandards bei der Definition sicherer Drittstaaten außerhalb der EU stattfinden, dass der Zugang zum inhaltlichen Asylverfahren sichergestellt bleibt und dass bestehende Dublin-Verordnungen nicht verschärft werden.

¹ Basierend auf dem Bericht von Dr. Jochen Motte über die Arbeit des Koordinationskreises 2017

Umsetzung der Istanbul Konvention

Anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen am 25. November 2017 hat das FMR in einer Presseerklärung den Bundestag dazu aufgerufen, einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der Konvention zum Schutz für alle gewaltbetroffenen Frauen zu beschließen und eingelegte Vorbehalte gegen die Konvention zurückzuziehen. Mit den eingelegten Vorbehalten entzieht sich Deutschland der Vorschrift, geflüchteten oder migrierten Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind oder als Zeuginnen in Strafverfahren aussagen, ein eigenständiges Aufenthaltsrecht zu ermöglichen. Schon im Mai hatte das FMR die Forderungen in einem offenen Brief an das BMFSFJ und zuständige Bundestagsabgeordnete gerichtet.

Staatenbericht Deutschlands zum Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

Als Antwort auf den 6. Staatenbericht Deutschlands zum Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte hat das FMR im Juli 2017 eine sogenannte „List of Issues“ zu territorialen und extraterritorialen Staatenpflichten eingereicht in denen Themen aufgelistet sind, die im Staatenbericht entweder nicht oder aus Sicht des FMR nicht richtig bearbeitet sind.

NAP Wirtschaft und Menschenrechte

Im Anschluss an die kritische Stellungnahme anlässlich der Verabschiedung des schwachen NAP Wirtschaft und Menschenrechte“ vom 21. Dezember 2016 hat sich das FMR 2017 in verschiedenen Gremien am Monitoring der Umsetzung des NAP beteiligt.

Social Media Aktion zum Tag der Menschenrechte

Zum ersten Mal seit Bestehen hat das FMR auch vor dem Hintergrund der Beschäftigung mit dem Thema Rechtspopulismus auf der Jahresklausur 2017 die Mitgliedsorganisationen zu einer Social Media Aktion anlässlich des Tages der Menschenrechte am 10. Dezember 2017 aufgerufen. Unter dem Motto: „Eintreten für Menschenrechte“ forderten die Organisationen dazu auf, Hass, Diffamierung und Lügen keinen Raum zu geben. Sehr erfreulich war, dass sich viele Mitgliedsorganisationen und Einzelpersonen an der Aktion auf Twitter und Facebook beteiligt haben.

Ausblick: Herausforderungen 2018 – 70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Wurden schon im Bericht 2016 grundlegende neue Herausforderungen für den Menschenrechtsschutz weltweit und in Deutschland benannt, so scheinen Menschenrechte und Menschenrechtsverteidiger_innen ein Jahr nach Amtsantritt von Donald Trump und 70 Jahre nach Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von vielen Seiten bedroht und gefährdet wie nie zuvor, und zwar nicht nur außerhalb Europas sondern auch innerhalb der EU. In Deutschland stellen sich mit dem Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag neue Fragen in der Begründung und Verteidigung von Menschenrechten insbesondere beim Schutz von Menschen auf der Flucht und von Migrant_innen.

Der populistische Ruf „America first“ wurde außenpolitisch durch die USA so umgesetzt, dass internationales Recht inzwischen als ‚second‘ oder ‚third‘ oder ‚last‘ erscheint. Diese grundlegende Infragestellung von universellen Rechten und kodifizierten multilateralen Vereinbarungen stellt eine ernstzunehmende Bedrohung nicht nur für das Menschenrechtssystem im Allgemeinen sondern für Menschen in aller Welt dar, deren Regierungen es sich leisten zu können meinen, Menschenrechte gering zu achten oder gar offen zu verletzen. Gleichzeitig setzt sich der Trend fort,

Handlungsspielräume von Nichtregierungsorganisationen und Menschenrechtsverteidiger_innen in vielen Ländern weiter einzuschränken.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in ihrer Neujahrsansprache gesagt, dass die Welt nicht auf Deutschland warte. Angesichts der oben genannten Entwicklungen gibt es – aus menschenrechtlicher Perspektive - viele Menschen in aller Welt, die besonders Deutschland warten. Gerade diejenigen, die von Menschenrechtsverletzungen bedroht sind, zählen auf die Stimme Deutschlands und anderer Staaten, die sich auch vor dem Hintergrund ihrer eigenen Geschichte klar zur Geltung des Internationalen Rechts und universeller Menschenrechte bekennen und ihre Politik entsprechend gestalten. Dabei sind wir uns bewusst, dass auch Deutschland oftmals aus wirtschaftlichen oder sicherheitspolitischen Interessen den eigenen Ansprüchen zuwiderhandelt.

Wie wir uns in dieser Situation als zivilgesellschaftliche Organisationen im FMR inhaltlich wie strategisch aufstellen müssen, wird ein wichtiges Thema für uns sein.

Für die Zukunft wäre zu wünschen, dass wir als FMR stärker als bisher diesen Diskurs auch mit Menschenrechtsorganisationen aus anderen Ländern Europas führen können. Leider gibt es auch fast 25 Jahre nach Gründung des Forums kaum vergleichbare Netzwerke in unseren Nachbarländern.

Den Ernst der Lage hat Zeid Ra'ad Al Hussein; UN-Hochkommissar für Menschenrechte am 28. November 2017 in einem Vortrag in Schweden unter dem Titel „Do not dare to tell me human rights are not universal“ aufgezeigt. Dort beschreibt er die gegenwärtige Situation am Ende seiner Ausführungen wie folgt: „Human Rights face a stress test today. And the pressure is upon us. We face a bare knuckled, multi directional brawl about the legitimacy and necessity of rights. With the departure of the World War II generation, and the dimming of memory, the growing unknowing as to why this rights architecture came to exist in the first place, means a decisive moment will soon be reached. We will need to mobilize a much larger community to defend our collective rights. And we must do quickly if we are to preserve the Universal Declaration.“

Aktivitäten 2017

Publikationen

Positionspapiere und Stellungnahmen

März 2017	Ratifizierung Zusatzprotokoll „Sozialpakt“ (Schreiben an Bundesministerin Nahles)
April 2017	Forderungskatalog zur Bundestagswahl https://www.forum-menschenrechte.de/wp-content/uploads/2017/04/Forderungskatalog-FMR_2017_web.pdf
Mai 2017	„Istanbul-Konvention vollständig umsetzen“ (Offener Brief anlässlich der Ratifizierung der Konvention durch Deutschland) https://www.forum-menschenrechte.de/wp-content/uploads/2017/05/170503-AFSFJ_BMFSFJ_Offener-Brief-Istanbul-Konvention.pdf
Juni 2017	Positionspapier zu den Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ der Bundesregierung (mit Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, VENRO und zfd) https://www.forum-menschenrechte.de/wp-content/uploads/2017/05/Hintergrundpapier-Leitlinien-Frieden-Mai-2017.pdf
September 2017	„Großbaustelle Nachhaltigkeit“. Schattenbericht zur Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsagenda in und durch Deutschland“ (Gemeinsame Publikation von 11 Organisationen und Netzwerken) https://www.forum-menschenrechte.de/wp-content/uploads/2017/09/Schattenbericht_2017_Deutschland-und-die-Globale-Nachhaltigkeitsagenda.pdf
Oktober 2017	„Parallelbericht zur Überprüfung Deutschlands im 3. Zyklus des UPR https://www.forum-menschenrechte.de/wp-content/uploads/2017/10/Joint-NGO-Submission_FMR_2017-finalcover.pdf
Oktober 2017	„lists of issues“ für die Überprüfung des 6. Bericht Deutschlands zur Umsetzung des UN-Sozialpaktes im September 2018 https://www.forum-menschenrechte.de/wp-content/uploads/2017/10/List-of-Issues-FMR-GER-MANY_TERRITORIAL_FINAL.pdf ; https://www.forum-menschenrechte.de/wp-content/uploads/2017/10/List-of-Issues-FMR-GERMANY_EXT-RATERRITORIAL_FINAL.pdf

Pressemitteilungen²

11.05.2017	„Mit Leidenschaft und Mut für Menschenrechte. FORUM MENSCHENRECHTE stellt Forderungskatalog zur Bundestagswahl vor“
16.05.2017	„Menschenrechte als verbindliche Leitlinien der Politik kohärent und konsistent umsetzen“

² Zu finden unter <https://www.forum-menschenrechte.de/aktuelles/pressemitteilungen/>

22.06.2017	„EU-Flüchtlingsgipfel: Abschaffung des individuellen Asylrechts verhindern!“
21.06.2016	„Menschenrechte müssen zentraler Bestandteil von politischem Handeln werden“
30.06.2017	„Wertebasiert aber unverbindlich!“ (zu den Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“)
05.09.2017	„Großbaustelle Nachhaltigkeit“
23.11.2017	„Internationaler Tag zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen – ‚Istanbul-Konvention‘ vollständig umsetzen!“
10.12.2017	„Zum Internationalen Tag der Menschenrechte - #einstehen für Menschenrechte

Veranstaltungen

Konferenzen/öffentliche Veranstaltungen

15.05.2017	Podiumsdiskussion mit den menschenrechtspolitischen Sprecher_innen der im Bundestag vertretenen Parteien zur Vorstellung des Forderungskatalogs des Forums zur Bundestagswahl
16./17.10.2017	jährliche (2017 in Genf) Tagung zum UN-MRR in Zusammenarbeit mit DIMR und FES und Geneva Academy; Thema „Human Rights in Conflict Situations – Expanding the Scope of the Human Rights Council“

Politische Gespräche

22.06.2017	Gespräch mit Außenminister Gabriel und der Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung im Auswärtigen Amt Dr. Bärbel Kofler u.a. zu Asylpolitik, Schutz von Menschenrechtsverteidiger_innen und der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte durch die Bundesregierung
ganzjährig	Vertreter_innen des Koordinationskreises und der Arbeitsgruppen nahmen darüber hinaus an zahlreichen Fach – und Lobbygesprächen mit Politiker_innen zu den Forderungen zur Bundestagswahl bzw. Tagungen zu ihren Themen teil oder luden dazu ein (siehe Berichte aus den Arbeitsgruppen).

Interne Veranstaltungen (Plena)

19.01.-21.01.2017	Jahresklausur in Schmerlenbach, Themenschwerpunkte Bundestagswahl, Rechtspopulismus.
15.05.2017	Plenum in Berlin, Themenschwerpunkte Bundestagswahl, Sicherheitspakete.
06.09.2017	Plenum in Köln, Themenschwerpunkte Menschenrechte in den Koalitionsverhandlungen, UPR Deutschland

Arbeitsgruppen des FORUM MENSCHENRECHTE³

Die Arbeitsgruppen bilden das inhaltliche Rückgrat des FMR. Dort erarbeitete Positionen und Papiere oder Broschüren sind zentral für seine Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit. Von allen Mitgliedsorganisationen des FMR wird die aktive Mitarbeit in mindestens einer Arbeitsgruppe erwartet. Interessierte Organisationen, die nicht Mitglied im FMR sind, haben die Möglichkeit, sich als Gast an den inhaltlichen Diskussionen der AGs zu beteiligen.

2017 waren 7 Arbeitsgruppen im FMR aktiv:

1 AG Antirassismus

Aktive Mitglieder: Amnesty International, Bahá'í-Gemeinde in Deutschland, Deutsche UNESCO-Kommission (DUK), Diakonie Deutschland, Verband binationaler Familien und Partnerschaften -iaf e.V.
Gäste: Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung (BUG e.V.), Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland (ISD), Amadeu-Antonio-Stiftung

Sprecher: Johannes Brandstätter (Diakonie Deutschland)

Aus dem AG-Bericht:

Nationaler Aktionsplan gegen Rassismus und Homophobie- und Transfeindlichkeit (NAP) mit zivilgesellschaftlichem Beitrag

Der NAP gegen Rassismus der Bundesregierung wurde am 14. Juni 2017 vom Bundeskabinett verabschiedet, um dem Bundestag und dem Bundesrat zugeleitet zu werden. Teil des NAP ist ein im Rahmen von Netz gegen Rassismus erarbeiteter und vom FMR unterstützter zivilgesellschaftlicher Beitrag. Er liegt dem NAP als Anhang II von etwa 25 Seiten bei und hat den Status als unabhängige Expertenmeinung. Anfang 2018 soll der NAP in englischer Übersetzung den Menschenrechtsinstrumenten der Vereinten Nationen zugeleitet werden – auf unseren Vorschlag hin wurde auch der zivilgesellschaftliche Beitrag übersetzt.

Am 30. März war im Forum gegen Rassismus das Vorhaben des NAP zusammen mit dem damals bereits im Entwurf vorliegenden zivilgesellschaftlichen Beitrag diskutiert worden. Daraufhin hatte es noch eine weitere Bearbeitungsschleife des Beitrags gegeben.

Der NAP der Bundesregierung weist gegenüber seinem Vorgänger 2008 inhaltlich einige Fortschritte in der Darstellung der Problematik rassistischer Diskriminierung auf. Dem Koalitionsvertrag von 2013 entsprechend umfasst er auch die Bereiche Homophobie und Transfeindlichkeit, allerdings gehen diese Themen im NAP etwas unter.

Parallelberichterstattung zur UN-Antirassismus-Konvention (CERD)

Fachgespräch des BMJV zur CERD-Berichterstattung 2018

³ Im Sinne einer besseren Lesbarkeit wurden die AG-Berichte für den vorliegenden Jahresbericht redaktionell überarbeitet bzw. gekürzt. Ausführlichere Beschreibungen ihrer Aktivitäten und politische Bewertungen finden sich in den zur Jahresklausur vorgelegten Langfassungen der AG-Berichte. Sie sind bei Interesse in der Forumsgeschäftsstelle erhältlich.

Am 6. Oktober 2017 führte das BMJV eine Konsultation mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zur CERD-Staatenbericht durch. Das Ministerium wollte damit Themenanregungen sammeln. Der Sprecher und Mitglieder der AG gaben Voten ab.

Projektwebseite: Die Webseite www.rassismusbericht.de (deutsch und englisch) wird mit Informationen, die im Zusammenhang mit CERD und der internationalen Rassismus-Berichterstattung stehen, alle drei bis vier Wochen aktualisiert und dies von Tweets begleitet. Die Webseite ist zu einem ansehnlichen Wissenspool geworden.

Insgesamt 27.000 Besuche und 174.000 Anfragen verzeichnet die Webseite 2017. Die Besuche haben sich gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt, der Wert der Besuche nahm um die Hälfte zu. Es gab einen Spitzenwert von 6.600 Besuchen im April 2017, ansonsten einen leichten Abwärtstrend. Die Zahl der Twitter-Follower wächst langsam, aber immer noch kontinuierlich.

Deutscher OSZE-Vorsitz: Vorstellung des OSZE-Evaluierungsberichts zu Deutschland mit einem von zwei Schwerpunktthemen rassistische Diskriminierung am 12. Oktober. Die AG hatte die Evaluierungsstudie des DIMR zum deutschen OSZE-Vorsitz zuvor schriftlich kritisch kommentiert.

Mitarbeit im Forum gegen Rassismus

Das Forum gegen Rassismus ist eine seit dem EU-Jahr gegen Rassismus 1997 bestehende Plattform von Regierungsstellen und gesellschaftlichen Organisationen, deren Geschäftsführung beim BMI liegt. Ziel der halbjährlichen Sitzungen ist, zu einem besseren fachlichen Verständnis von rassistischer Diskriminierung im Sprachgebrauch der Bundesregierung (NAP; Staatenberichterstattung) zu kommen. Der Sprecher der AG ist Mitglied der geschäftsführenden Steuerungsgruppe.

Weitere Punkte

Forderungen zur Bundestagswahl 2017

Beteiligung der AG im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

Konsultation der Grünen vor „Jamaika“ zur Offenen Gesellschaft

Am 26. Oktober 2017 gab der Sprecher der AG einen Input während einer Konsultation der grünen Bundestagsfraktion.

Planung 2018

Bevorstehende Staatenberichterstattung UN-Antirassismus-Konvention

Mitte 2018 ist turnusgemäß der nächste Staatenbericht an CERD fällig. Ob und wie erneut eine Parallelberichterstattung organisiert werden kann, ist noch nicht entschieden. Eine Verhandlung bei CERD ist nicht vor Ende 2019 zu erwarten.

Forum gegen Rassismus

Weiterarbeit zum NAP von 2017 und seiner Umsetzung/Fortschreibung.

EMRK-Zusatzprotokoll

Politische Kommunikation zur Ratifikation des 12. Zusatzprotokolls der EMRK durch Deutschland.

2 AG Entwicklung und Wirtschaft

Aktive Mitglieder: Arbeitsgemeinschaft der Dienste für den Frieden (AGDF) vertreten durch pbi, Amnesty International, Bischöfliches Hilfswerk Misereor, Brot für die Welt, Deutsche Kommission Justitia et Pax, FIAN Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Friedrich-Naumann-Stiftung (FNF), Germanwatch, Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD), Nürnberger Menschenrechtszentrum (NMRZ), terre des hommes (tdh), urgewald.

Gäste: CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung, INFOE.

AG-SprecherInnen: Sarah Lincoln (Brot für die Welt) und Jonas Schubert (terre des hommes),

Aus dem AG-Bericht:

Folgende Themen hat die AG gemeinsam bearbeitet:

- **Menschenrechte in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ):** Dialog mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) über die Umsetzung von Menschenrechten in der EZ; Teilnahme an der Auftaktsitzung des neuen Thementeam Menschenrechte des BMZ im Dezember 2017
- **Überprüfung Deutschlands vor dem Sozialausschuss der UN (CESCR):** Die AG hat beim Ausschuss eine „List of Issues“ in Bezug auf die extraterritorialen Staatenpflichten Deutschland eingereicht. In der „List of Issues“ des Ausschusses für die Überprüfung wurden einige unserer Punkte aufgegriffen.
- **2030 Agenda:** Auf Anregung und durch Mitarbeit der AG ist das FMR Mitherausgeber des Schattenberichts zum Agenda 2030 –Report, und es sind einige Beiträge von Forumsmitgliedern enthalten.
- **Entwicklungsbanken:** Thematische Auseinandersetzung und Entwicklung eines gemeinsamen Positionspapiers
- **UN Leitprinzipien Wirtschaft und Menschenrechte:** Lobby- und Advocacy-Arbeit für eine ambitionierte Umsetzung des NAP zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte in Deutschland, Mitarbeit in der AG Wirtschaft und Menschenrechte im BMAS, die den Umsetzungsprozess begleitet.
- **MRV:** Entwicklung eines Konzepts für eine Publikation zu Wirtschaft und Menschenrechtsverteidiger_innen
- **OECD Leitsätze:** kritische Begleitung der Arbeit der Nationalen Kontaktstelle (NKS) für die OECD-Leitsätze durch Mitarbeit in der Begleitgruppe zur NKS, Begleitung des Peer Review Verfahrens und Forderung nach einer umfassenden Reform der NKS.

Schwerpunktthemen für 2018:

- Mitarbeit am Parallelbericht des FMR zu Berichterstattung Deutschlands vor dem CESCR, insbesondere mit Blick auf extraterritoriale Staatenpflichten
- Entwicklungsbanken und Menschenrechte
- Beschwerdeverfahren: Fachveranstaltung zu Beschwerdeverfahren in der EZ und bei Entwicklungsbanken
- Herausgabe einer Publikation zu Wirtschaft und Menschenrechtsverteidiger_innen
- Weitere Begleitung der Umsetzung der 2030-Agenda, insbesondere Mitherausgabe des nächsten Schattenberichts mit VENRO und Forum Umwelt und Entwicklung

- Lobbyarbeit für die Einführung eines Beschwerdeverfahrens für die deutsche EZ und Begleitung der Überarbeitung des Menschenrechtskonzepts des BMZ
- Begleitung der Umsetzung des NAP Wirtschaft und Menschenrechte

3 AG Rechte von Frauen und LSBTI*

Aktive Mitglieder: Amnesty international, Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel (KOK), Deutscher Frauenrat, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF/WILPF), Lesben und Schwulenverband in Deutschland (LSVD), TERRE DES FEMMES (TDF).

AG-Sprecherin: Henny Engels (LSVD)

Aus dem AG-Bericht:

Treffen AG Frauenrechte:

- 15.03.2017
- 15.06.2017
- 14.12.2017

Arbeitsschwerpunkte 2017:

- Forderungskatalog zur Bundestagswahl 2017
- Ratifizierung Istanbul-Konvention:
- Situation geflüchteter Frauen/ geschlechtsspezifisches Asyl am BAMF:
- UPR Deutschland
- Vorbereitung Parallelbericht zum 6. Staatenbericht Deutschlands über die Umsetzung des WSK-Pakts

Treffen mit Ausschüssen, Abgeordneten, Veranstaltungen etc.:

- Treffen des Forums mit Außenminister Gabriel und Menschenrechtsbeauftragter Kofler (22.06.2017)
- Podiumsdiskussion mit den menschenrechtspolitischen Sprecher_innen der im Bundestag vertretenen Parteien (15.05.2017)

Geplante Schwerpunktthemen für das Jahr 2018:

- Schutz vulnerabler Geflüchteter
- Umsetzung der Istanbul-Konvention
- Hass- und Cyberkriminalität gegen Frauen
- Bundesverfassungsgerichts-Urteil 3. Geschlecht
- Erneute Reform des Sexualstrafrechts

4 AG Frieden

Aktive Mitglieder: Arbeitsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) vertreten durch pbi, Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR, Brot für die Welt, FriEnt, medica mondiale, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (WILPF/IFFF), IPPNW, Nürnberger Menschenrechtszentrum (NMRZ), pax christi, Vereinte Evangelische Mission (VEM).

AG-Sprecher: Norman Voß (VEM)

Aus dem AG-Bericht:

Aktivitäten 2017:

1. **Zusammenarbeit mit anderen Netzwerken:** Im Rahmen von „*Netzwerke im Frieden*“ beteiligte sich die AG an gemeinsamer Arbeit mit VENRO, dem Konsortium ziviler Friedensdienst, Forum ZfD und der Plattform ZKB neben anderen Akteuren zu den Themen Frieden und Menschenrechte sowie Krisenengagement der Bundesregierung. Dabei ging es auch um das Follow-up zum PeaceLab Prozesses nach der Bundestagswahl im September 2017. Die Netzwerke im Frieden trafen sich dazu am 25.9. in Berlin unter Beteiligung der AG.
2. **Workshop über Friedenslogik und Menschenrechtsarbeit:** Am 11. Oktober hielten Vertreterinnen der AG und der Plattform ZKB einen halbtägigen Workshop über das Projekt „Friedenslogik“ der Plattform ab. Der Plattform war es ein Anliegen, ihr entwickeltes Konzept aus einer Menschenrechtsperspektive zu beleuchten. Zentrale Diskussionspunkte waren der im Menschenrechtsbereich übliche Fokus auf das/die Opfer gegenüber dem Gebot der Allparteilichkeit, die Möglichkeiten und Grenzen einer Dialog- und Prozessorientierung, insbesondere im Hinblick auf das Machtgefälle zwischen Konfliktparteien, sowie die Frage an den Friedensbereich, wo er angesichts von massiv begangenen Unrecht eine rote Linie für das eigene Vorgehen sieht. Einige Elemente aus der Friedenslogik wurden jedoch auch als für den Menschenrechtsbereich bereichernd definiert und dienten einer kritischen Selbstreflexion. Der Workshop-Bericht wurde von einer Vertreterin der AG erstellt.
3. **Inhaltliche Auseinandersetzung:** Mitglieder der AG arbeiteten weiter an einem internen Positionspapier über den Zusammenhang von Frieden und Menschenrechten und sich daraus ergebenden Erwartungen an die Bundesregierung. Das Papier ist noch nicht abgeschlossen.
4. **Recht auf Frieden:** Drei Teilnehmer der AG-Frieden nahmen an der Veranstaltung der Geneva Academy zusammen mit der FES und dem FMR über die wachsende Verbindung von humanitärem Recht und Menschenrechten teil. Die Veranstaltung fand am 16. Und 17. Oktober in Genf statt.

5 AG Innen

Aktive Mitglieder: Amnesty International, Bundesarbeitsgemeinschaft der psychosozialen Behandlungszentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAfF), Bundesfachverband Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (B-UMF), Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel (KOK), Diakonie Deutschland, Deutsches Rotes Kreuz (DRK), EKD, Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), Humanistische Union (HU), IPPNW, Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche, PRO ASYL, Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.

Sprecher: Günter Burkhardt (PRO ASYL)

Aus dem AG-Bericht:

Im Jahr 2017 setzte sich im 1. Halbjahr die Gesetzgebungshektik der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages fort. Im rasanten Tempo wurden erneut Gesetzesverschärfungen im Bereich des Asyl- und Aufenthaltsrechts beschlossen. Im Zentrum der Kritik stand das „Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“.

Es fanden Gespräche mit Abgeordneten des Innenausschusses statt, in denen versucht wurde, weitere Argumente vorzutragen, die gegen die Inkraftsetzung dieses Gesetzes sprechen. Im Zentrum stand dabei auch das Ineinanderwirken verschiedener Maßnahmen, wie:

- Datenauslese von Handydaten
- Einführung der Lagerpflicht für alle bis zu zwei Jahre
- Überraschungsinhaftierungen und -abschiebungen durch Wegfall der einmonatigen Widerrufsfrist der Duldung nach § 60a Abs. 5 AufenthG
- Ausweitung des rechtsstaatswidrigen Freiheitsentzugs im Ausreisegewahrsam

Neben dem gesetzgeberischen vollzieht sich bedenkliches Handeln auf der Verwaltungsebene. Ein Fokus hier waren die Abschiebungen nach Afghanistan. Eine Ursache hierfür sind auch die mangelhaften Lageberichte des Auswärtigen Amtes. Im Gespräch des FMR mit dem Außenminister wurde Afghanistan thematisiert.

Des Weiteren wurde über die zunehmende Tendenz zur Auslagerung des Flüchtlingsschutzes in Drittstaaten außerhalb der Union gesprochen. Menschenrechtlich bedenklich ist die Kooperation mit Staaten wie Libyen. Auch dies waren Themen der Lobbyarbeit, sowohl zum Deutschen Bundestag als auch zur Bundesregierung hin.

Ohne parlamentarische Kontrolle und Mitwirkung vollzieht sich die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems. Hier verhandelt das Bundesinnenministerium federführend für die Bundesregierung, vorbei am Deutschen Bundestag. Seitens des FMR wurde versucht, dagegen zu argumentieren. Lobbybriefe wurden an das Kanzleramt, Justiz- und Innenministerium versandt.

In Deutschland war die Verhinderung des Familiennachzugs zu subsidiär Geschützten ein wichtiges Thema. Diese hat durch das Absinken der Anerkennungsquote bei syrischen Flüchtlingen enorm an Brisanz gewonnen. Auch bei anderen Hauptherkunftsländern wie Afghanistan und Irak sinkt die Anerkennungsquote des BAMF – oft auch aufgrund hektisch und eilig durchgeführter Asylverfahren. Das FMR hat in Lobbygesprächen und Lobbybriefen Verbesserungen angemahnt.

6 AG Kinderrechte

Aktive Mitglieder: Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (B-UMF), IPPNW, Kindernothilfe (KNH), National Coalition Deutschland, terre des hommes (tdh).

Gäste: Deutsches Institut für Menschenrechte (DIMR), Deutsches Kinderhilfswerk (DKHW), Jumen,

Sprecherin: Tanja Funkenberg (tdh)

Aus dem AG-Bericht:

Die AG hat sich 2017 folgende Arbeitsschwerpunkte gesetzt:

- Finalisierung des **Kindesschutz-Kodex** für die Mitglieder des FMR
- Zuarbeit zum Parallelbericht zum **Sozialpakt**
- Zuarbeit zum Parallelbericht zum **UPR** Verfahren

I. Kindesschutz-Kodex

Eine Unter-AG bestehend aus Jörg Lichtenberg (Kindernothilfe) und Tanja Funkenberg (terre des hommes) sowie Antje Ruhmann (terre des hommes) hat einen Vorschlag für die Integration von Kindesschutz-Elementen in die Arbeit des FMR erarbeitet. Der Entwurf wurde von Koordinationskreis und Plenum intensiv diskutiert und zum Beschluss durch das Plenum als Präzisierung der Statuten überarbeitet.

II. Parallelbericht zum Sozialpakt

Anfang August wurde die „List of Issues“ vom FMR in zwei Berichten (territorial & extraterritorial) an den CESCR übermittelt. Die Pre-Session fand im Oktober 2017 statt. Anschließend startet die Erstellung eines Schattenberichts des FMR. Die AG hat sich an der Erstellung der „List of Issues“ zum Sozialpakt mit folgenden Beiträgen beteiligt:

- Familiennachzug (Jumen, NC, PRO ASYL)
- Kinderarmut (tdh)

Diese und weitere Themen werden auch in die Erstellung des Parallelberichts einfließen.

III. UPR Deutschland

Ende Juni fand die erste Anhörung des AA zum UPR statt. Die AG Kinderrechte hat hier Input zu folgenden Themen gegeben

- Rechte von Menschen mit Migrationshintergrund in Bezug auf Bildung (Entwurf S. 4-5, Empfehlung Nr. 12)
- Kinderarmut (Entwurf S. 15, Empfehlung Nr. 21)
- Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen (Entwurf S. 16, zu Art. 10)
- Recht auf Gesundheit (Entwurf S. 19, zu Art. 12)
- Umgang mit Flüchtlingskindern

Diese sowie weitere Themen werden auch in die Erstellung des Parallelberichts sowie mögliche künftige Anhörungen eingespeist.

IV. Tag der Menschenrechte

Verschiedene Mitglieder der AG Kinderrechte haben sich zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2017 an der Twitter-Aktion des FMR mit Forderungen zu Kinderrechten aus der UN-KRK beteiligt.

7 AG MRR/ Außenpolitik

Aktive Mitglieder: Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter (ACAT), Amnesty International, Brot für die Welt, Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), DRK, Dr. Theodor Rathgeber (MRR-Berichterstatter FMR), Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit (FNF), Human Rights Watch, Deutsche Kommission Justitia et Pax, Kindernothilfe (KNH), Nürnberger Menschenrechtszentrum (NMRZ), Vereinte Evangelische Mission (VEM).

Spreche: Dr. Jochen Motte

Aus dem AG-Bericht:

Ziel der AG war die Vorbereitung und Begleitung der Sitzungen des UN-Menschenrechtsrates (MRR) sowie verschiedener UPR, die Vorbereitung von Gesprächen mit der deutschen Delegation vor und während des MRR, die Beauftragung eines Beobachters des MRR für das FMR sowie die Begleitung und Auswertung seiner Arbeit.

Wie in den vorangegangenen Jahren hat Dr. Theodor Rathgeber die Beobachtung des MRR, die aktive Lobbyarbeit und Durchführung von „Side Events“ während der Sitzungen des MRR sowie die Koordination der Gesprächskontakte mit der deutschen Delegation und dem Menschenrechtsbeauftragten

in Genf für das FMR wahrgenommen. Seine Berichte (2017: zusammenfassender Bericht in englischer Sprache im Auftrag der FES) werden auf der Website des Forums veröffentlicht: <https://www.forum-menschenrechte.de/unsere-themen/un-menschenrechtsrat/>

Mitglieder der AG waren maßgeblich beteiligt an der Vorbereitung und Durchführung des Gespräches mit Außenminister Siegmund Gabriel am 22. Juni 2017 und der Menschenrechtsbeauftragten Bärbel Kofler sowie Mitarbeitenden des Menschenrechtsreferates und anderer Ministerien am gleichen Tag zum öffentlichen Austausch zwischen Regierung und Zivilgesellschaft zum aktuellen UPR Deutschland. Mitglieder der AG haben auch an der Abfassung des vom FMR koordinierten Parallelberichtes mitgewirkt.

Die AG war außerdem beteiligt an Planung und Durchführung der Tagung „Human Rights in Conflict Situations – Expanding the Scope of the Human Rights Council“ im Oktober in Genf.

Weitere Themen der AG:

- Migration und Flucht,
- Schutz von Menschenrechtsverteidiger_innen
- „Shrinking Space“ für zivilgesellschaftliches Handeln.

Weiterarbeit in 2018

Im Mai erfolgt die Überprüfung Deutschlands im dritten Zyklus des UPR, die vom FMR in Genf und Berlin u.a. mit Pressearbeit und „Side Event“ begleitet werden wird.

70 Jahre nach Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) ist es angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen wichtiger denn je, die Menschenrechte und ihre universelle Geltung zu verteidigen.

Dem Jubiläum und den Herausforderungen in schwierigen politischen Zeiten soll im Anschluss an die jährliche Expert_innentagung zum MRR, die im Oktober 2018 in Berlin stattfindet, eine öffentliche Abendveranstaltung gewidmet werden.

Auf dem Arbeitsprogramm stehen außerdem die geplanten Parallelberichte zur Überprüfung des 6. Staatenberichtes Deutschlands zur Umsetzung des ‚Sozialpakts‘.

Geplant sind auch erste Kontakte und Diskussionen mit Mitgliedern der neuen Bundesregierung und des Bundestages zu den Forumserwartungen an die deutsche Menschenrechtspolitik. Sicher nicht das einzige aber zentrale Thema dabei wie schon bei der vorigen Bundesregierung: deutsche und europäische Flüchtlingspolitik.

Abkürzungen

AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
CERD	für die Überprüfung der Einhaltung der „ICERD“ (s.u.) zuständiger UN-Ausschuss
CEDAW	Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women (Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau)
DIMR	Deutsches Institut für Menschenrechte
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
ICERD	International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination (Internationales Übereinkommen zur Beseitigung von rassistischer Diskriminierung)
KRK	UN-Kinderrechtskonvention
MRR	Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen
NAP	Nationaler Aktionsplan
NC	National Coalition zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland
NKS	Nationale Kontaktstelle OECD-Leitlinien für multinationale Unternehmen beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
OHCHR	Office of the High Commissioner for Human Rights (UN-Hochkommissariat für Menschenrechte)
UN-Sozialpakt	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, (von der UN-Generalversammlung verabschiedet), englisch: ICESCR (International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights)
UN-Zivilpakt	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (am 16. Dezember 1966 von der UN-Generalversammlung verabschiedet), englisch: ICCPR (International Covenant on Civil and Political Rights)
UPR	Universal Periodic Review (regelmäßige Überprüfung der Menschenrechtssituation in den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen durch den UN-Menschenrechtsrat)
WSK-Rechte	Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte

Mitgliedsorganisationen 2017

1. Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter (ACAT Deutschland)
2. Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) vertreten durch peace brigades international (pbi)
3. Amnesty International Deutschland
4. Bahá'í-Gemeinde in Deutschland
5. Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR
6. Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF e.V.)
7. Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAfF)
8. Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V. (KOK)
9. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN)
10. Deutsche Kommission Justitia et Pax (jupax)
11. Deutsche UNESCO-Kommission e.V. (DUK)
12. Deutscher Frauenrat e.V.
13. Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
14. European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR)
15. Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V. (EWDE) mit den Teilwerken Brot für die Welt und Diakonie Deutschland
16. FIAN Deutschland e.V.
17. Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)
18. Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF)
19. Gemeinschaft für Menschenrechte im Freistaat Sachsen (GMS)
20. Germanwatch e.V.
21. Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
22. Heinrich-Böll-Stiftung
23. Humanistische Union vereinigt mit der Gustav-Heinemann-Initiative (HU)
24. Human Rights Watch (HRW)
25. Interessenvertretung Selbstbestimmt leben in Deutschland e.V. (ISL)
26. Interkultureller Rat in Deutschland
27. Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW)
28. Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF)
29. Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)
30. Kindernothilfe (KNH)
31. Kommission für Menschenrechte des Richter- und Anwaltsvereins Freiburg
32. Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)
33. Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD)
34. medica mondiale
35. missio Aachen
36. missio München
37. National Coalition Deutschland –Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention
38. Nürnberger Menschenrechtszentrum (NMRZ)
39. Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche
40. pax christi
41. PRO ASYL e.V.
42. pro familia

- 43. Reporter ohne Grenzen
- 44. TERRE DES FEMMES (TDF)
- 45. terre des hommes (tdh)
- 46. Urgewald e.V.
- 47. Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.
- 48. Vereinte Evangelische Mission (VEM)
- 49. Werkstatt Ökonomie (woek e.V.)

Gastmitglieder:

- 50. Deutsches Rotes Kreuz (DRK),
- 51. Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)

Impressum

Herausgeber:

Forum Menschenrechte e.V.
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

Redaktion:

Beate Ziegler

Juli 2018